

Prolog

Die SOLIDARITÄT gründet sich auf die Tradition der horizontalen Solidarität (pozioma Solidarność), einer polnischen Nationalbewegung, die im Sommer 1980 in Danzig entstand. Diese Bewegung erfasste alle Schichten der Gesellschaft, einschließlich der in Polen lebenden Deutschen, die nicht nur an Protesten, Streiks und Demonstrationen teilnahmen, sondern auch aktiv zum Aufbau der Untergrundstrukturen beitrugen, etwa beim Ausbau des internen Kommunikationssystems der in den 80er-Jahren verbotenen Gewerkschaft Solidarność. Der gemeinsame Widerstand der Gesellschaft gegen das kommunistische Regime brachte Polen nicht nur Freiheit und Demokratie, sondern beendete auch die jahrzehntelange, oft blutige Verfolgung der deutschen Minderheit durch den Staatsapparat der Volksrepublik Polen. Dies führte zur Anerkennung der deutschen Minderheit im „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ vom 17. Juni 1991. Seitdem sind die Rechte der deutschen Minderheit in Polen durch die Verfassung der Republik Polen garantiert.

Im Gegensatz dazu erfährt die polnische Minderheit in Deutschland, obwohl sie die größte und wirtschaftlich bedeutendste ist, keinerlei politische Anerkennung oder Würdigung auf Staatsebene. Polnische Migrantinnen und Migranten tragen maßgeblich zur deutschen Gesellschaft bei, insbesondere in Bereichen wie dem Pflegesektor oder dem Baugewerbe, und dennoch wird ihre Existenz in der Öffentlichkeit ignoriert. Dies ist untragbar, da dieser Teil der Bevölkerung für das Funktionieren der Gesellschaft essenziell ist.

Die SOLIDARITÄT erhebt daher die Stimme der polnischen Minderheit in Deutschland, die seit mehr als 30 Jahren nach politischer Anerkennung ruft. Das Fehlen dieser Anerkennung hat bereits negative Auswirkungen auf den Status der deutschen Minderheit in Polen, was zu Bestrebungen geführt hat, ihre Rechte zu beschneiden. Beispiele dafür sind die benachteiligende Grenzziehung in Oberschlesien und Verbote deutscher Ortsnamen auf Bahnhöfen. Auch der schlesische Dialekt, der von der deutschen Minderheit in Oberschlesien gepflegt wird, wird vom polnischen Bildungssystem unterdrückt.

Die SOLIDARITÄT fordert die offizielle Anerkennung der polnischen Minderheit durch den deutschen Staat und bekundet gleichzeitig ihre Solidarität mit der deutschen Minderheit in Polen. Unser Ziel ist der Erhalt der nationalen und kulturellen Identität beider Minderheiten.

Die gemeinsame Geschichte der deutschen und polnischen Völker erstreckt sich über mehr als tausend Jahre. Deutsche Kaiser wie Otto II., Otto III. und Heinrich III. sowie der polnische König August II. der Starke regierten über beide Völker. Insbesondere die „Sachsenzeit“ von 1697 bis 1763 gilt als „goldenes Zeitalter“ in Polen. Auch der sächsische Beistand während des polnischen Novemberaufstands von 1830 bleibt unvergessen.

Die SOLIDARITÄT betrachtet die Partei der deutschen Minderheit in Polen nicht nur als Schwesterpartei, sondern sieht in Deutschen und Polen zwei Brudervölker, deren historische Waffen- und Blutbruderschaft spätestens in der Schlacht bei Liegnitz (1241) besiegelt wurde. Die Schlacht am Kahlenberg am 12. September 1683 gehört ebenfalls zu den Sternstunden dieser Bruderschaft. Seit 1955 sind Polen und Deutsche zunächst im Warschauer Pakt und heute als NATO-Mitglieder Waffenbrüder, die gemeinsam an internationalen Einsätzen teilnehmen. Die SOLIDARITÄT verneigt sich vor den Volksdeutschen, die während des Zweiten Weltkriegs in polnischen alliierten Verbänden kämpften, sowie vor den deutschen Widerstandskämpfern gegen den Faschismus, wie den Mitgliedern der „Weißen Rose“ und den „Edelweißpiraten“. Für die SOLIDARITÄT ist Patriotismus gleichbedeutend mit Antifaschismus.

Das Denkmal des polnischen Soldaten und des deutschen Antifaschisten in Friedrichshain steht für uns als Symbol des wahren Patriotismus und des multinationalen Antifaschismus.

1. Rolle in der Gesellschaft

Die SOLIDARITÄT fördert den Erhalt der kulturellen Identität der polnischen Minderheit in Deutschland und unterstützt gleichzeitig ihre soziale und wirtschaftliche Integration. Als Vervollkommnung dieser erfolgreichen Integration sieht die SOLIDARITÄT die Zeit gekommen, die Rolle, die die polnische Minderheit bereits spielt, auf das politische System Deutschlands zu übertragen.

Die SOLIDARITÄT betrachtet die polnische Minderheit als Teil der weltweiten polnischen Diaspora, die durch die Initiative „Du bist Deutschland“ von Präsident Horst Köhler auf besondere Weise konfrontiert wurde. Dies führt zu einem höheren Bewusstsein: „Du bist Europa“ und „Du bist die Welt“. Die polnische Minderheit trägt als Weltbürger Erfahrungen bei, die durch die SOLIDARITÄT in die deutsche Politik einfließen sollen.

Die SOLIDARITÄT bereichert die deutsche Politik auf dreierlei Weise:

1. Mit eigens ausgearbeiteten Lösungen, Vorschlägen und Gesetzesentwürfen.
2. Durch die Anwendung polnischer Lösungen auf deutschem Boden.
3. Durch die Förderung effizienterer internationaler Gesetze und Systeme, die Vorbilder für Deutschland sein könnten.

2. Demokratie und Grundwerte

Die SOLIDARITÄT setzt sich ein für:

1. Die direkte Präsidentenwahl.
2. Die Schaffung eines Oberhauses im Bundestag.
3. Die Verabschiedung einer ordentlichen Verfassung.
4. Bundesweite und landesweite Referenden.
5. Eine Weisungsbefugnis der Bürgerräte gegenüber den Abgeordneten durch Änderung des Artikels 38 Abs. 1 Satz 2 GG.

3. Wirtschaft und Währung

Die SOLIDARITÄT strebt ein krisen- und pandemisches Wirtschaftssystem an, das auf Energieökonomie und einer Energiewährung basiert. In diesem System ersetzt Roboterarbeit nicht menschliche Arbeitsplätze, sondern befreit Menschen für geistige Arbeit und beschleunigt so den Fortschritt und die zivilisatorische Entwicklung.

Wir befürworten eine ressourcenschonende, nicht auf ständiges Wachstum ausgerichtete Wirtschaft, die auf Energieparität der Währung basiert. Von Schließung bedrohte Betriebe sollten enteignet und in Volkseigene Betriebe (VEBs) umgewandelt werden.

4. Energiepolitik

Der Ausbau erneuerbarer Energien muss Hand in Hand mit der Einführung einer Wasserstoffwirtschaft gehen. Die SOLIDARITÄT begrüßt den in Deutschland geschaffenen strukturellen Rahmen, kritisiert jedoch CO₂- und EEG-Umlagen sowie andere Belastungen für den Strompreis als unzulässige Einmischung in die Wirtschaft. Diese Umlagen tragen zur Energiearmut und zur Abwanderung energieintensiver Industrien bei. Die SOLIDARITÄT fordert stattdessen eine Währung, die auf Energieparität basiert.

5. Minderheitenpolitik

Die Rechte der polnischen Minderheit in Deutschland müssen denen der deutschen Minderheit in Polen gleichgestellt werden. Die vollständige Anerkennung der polnischen Minderheit ist das übergeordnete Ziel der SOLIDARITÄT, das auf allen Ebenen und in allen Bereichen angestrebt wird.

Umwelt

Die Partei SOLIDARITÄT fordert ein umfassendes Umweltschutzgesetz für Deutschland, das neben Vorschriften zum Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt vor schädlichen oder lästigen Einwirkungen auch den Umgang mit Keim- und Erbgut von Tieren, Pflanzen und anderen Organismen regelt. Besonders wichtig ist uns der Schutz der Elemente, die Etablierung eines Generationenvertrags sowie die Einführung eines eigenständigen Straftatbestands namens „Naturecaust“.

Das Basler Übereinkommen über die Kontrolle der grenzüberschreitenden Verbringung gefährlicher Abfälle und ihrer Entsorgung vom 22. März 1989 muss bedingungslos an der Oder-Neiße-Grenze eingehalten werden. Radioaktive und giftige Mülltransporte aus Deutschland nach Polen müssen sofort unterbunden werden.

Oberschlesien ist aufgrund seiner postindustriellen Landschaft das bevorzugte Ziel deutscher Giftmülltransporte, was dazu führt, dass die dortige deutsche Minderheit besonders unter der Verseuchung des Grundwassers mit Schwermetallen und krebserregenden, zyklischen Kohlenwasserstoffen leidet. Die korruptionsbedingte Vertuschung mehrerer Umweltskandale in Polen, wie die Verseuchung der Zeche Halemba mit Metallkolloiden und Raffinerieabfällen aus Deutschland, ist für uns inakzeptabel.

SOLIDARITÄT tritt entschlossen gegen jede Verletzung des Artenschutzes ein. Der eigenmächtige Abschuss von unter Schutz stehenden, aus Polen eingewanderten Tieren wie Wölfen, Wisenten und Elchen, beispielsweise zu Grillzwecken, wird als eine Form psychologischer Kriegsführung nicht-lustrierter Ostbehörden gegen die polnische Nation betrachtet. Abschüsse von Wölfen müssen verboten und durch Domestizierung oder Unfruchtbarmachung ersetzt werden. Alle deutschen und polnischen Wölfe sind miteinander verwandt und bilden ein Volk, das sich von Polen aus über die Lausitz nach West- und Süddeutschland ausgebreitet hat. SOLIDARITÄT versteht sich als politischer Fürsprecher für den Wolf, der für uns das Symbol der deutsch-polnischen Verbundenheit ist.

Die Müllverbrennung soll verboten und durch hundertprozentiges Recycling ersetzt werden. Müllentsorgung durch Verbrennung ist ein nicht hinnehmbares Übel. Eine hundertprozentige Recyclingquote kann durch den breiten Einsatz der in Polen entwickelten, aber noch nicht vollständig genutzten Technologien erreicht werden.

Alle Einnahmen aus dem CO₂-Zertifikate-Handel sollen weltweit in Projekte zur Sauerstoffproduktion investiert werden, wie zum Beispiel in die Bewässerung von Wüsten, die Wiederaufforstung der Regenwälder oder Wasserentsalzungsprojekte. Holzimporte aus illegalen Rodungen müssen durch DNA-Analysen der Hölzer gestoppt werden. Bäume sollen nicht dazu dienen, den Zellulosehunger der Menschheit zu stillen – die hierfür am besten geeignete Pflanze ist der Hanf. Der breite Einsatz von in Polen gezüchteten Hanfsorten kann Rekultivierungs- und Renaturierungsprojekte spektakulär verkürzen.

SOLIDARITÄT fordert zudem ein vollständiges Verbot des Aussetzens von Tieren zum Zwecke der Jagd. Massenerschießungen von Tieren auf Wildfarmen, um die Kosten der Schlachtung zu sparen, und die Zucht von Wisenten zur Fleischgewinnung, wie in Werneuchen, sind für uns Verbrechen. Wisente sind Tiere, die im Zweiten Weltkrieg von den deutschen Besatzern in Polen fast vollständig ausgerottet wurden und ein polnisches Nationalsymbol sind. Die illegale Zucht von Wisenten in Deutschland bei völliger Ignoranz der Behörden verurteilt SOLIDARITÄT aufs Schärfste. Der Einsatz von Drohnen soll nächtliche Jagden und Wilderei deutschlandweit beenden.

Grenzüberschreitende Einsätze und eine Zusammenarbeit zwischen polnischen und deutschen Naturschutzverbänden sind ausdrücklich zu begrüßen. Die Anfütterung von Wildtieren soll sich bei Wilderei strafverschärfend auf das Strafmaß auswirken.

Unternehmerische Freiheit

SOLIDARITÄT setzt sich für die Abschaffung der Zwangsgliederschaft von Unternehmen in der IHK und die Auflösung der SOKA Bau AG ein, um die Bauwirtschaft zu entlasten. Die Einführung eines europäischen Gewerbescheins und Reisegewerbescheins wird von uns befürwortet.

Gesundheitswesen

SOLIDARITÄT unterstützt die Integration holistischer Medizin in das deutsche Gesundheitssystem. Eine Antimissbrauchssoftware im Gesundheitswesen nach tschechischem Vorbild wird angestrebt. Die Abschaffung der Kassenärztlichen Vereinigung könnte Einsparungen von 13 % bewirken und wird von uns unterstützt.

Kultur

SOLIDARITÄT fordert die Einhaltung des Beschlusses, der bei dem Antrittsbesuch der Präsidenten Joachim Gauck und Bronisław Komorowski am 26.-27.03.2012 über die Veranstaltung eines deutsch-polnischen Rockkonzerts gefasst wurde. Dieses Konzert sollte als wiederkehrendes Ereignis etabliert werden. Deutschsprachige Künstler aus Oberschlesien, Niederschlesien, Ostpreußen und Pommern sollen zur deutschen Vorentscheidung des Eurovision Song Contest eingeladen werden. SOLIDARITÄT steht für eine bilaterale, kulturelle Anerkennung dieser politisch nicht existenten Regionen.

Wir unterstützen die Verlängerung des Karnevals über den Aschermittwoch hinaus nach brasilianischem Vorbild und die Ausweitung des Rheinischen Karnevals nach Polen.

Internationale Beziehungen

Ein Friedensvertrag zwischen Polen und Deutschland hat für SOLIDARITÄT oberste Priorität. Wir fordern die Aufnahme des Staates Israel in die NATO und die Europäische Union. Die Schaffung neuer Lebensräume im Nahen Osten und in Afrika durch Bewässerung und Renaturierung ist friedensstiftend und für Europa überlebenswichtig.

SOLIDARITÄT setzt sich für ein globales Wüstenbewässerungsprogramm und den Bau von Trinkwasserpipelines in Wüstenregionen ein. Die finanziellen Mittel dafür sollen unter anderem aus der Kürzung der Verteidigungsetats und dem CO2-Zertifikate-Handel stammen.

Digitalisierung

SOLIDARITÄT setzt sich für die Einführung eines E-Prozesses, einer E-OP, eines digitalen Bürgerkontos und einer papierlosen Kommunikation mit den Behörden nach polnischem Vorbild ein. Wir treten für eine Regulierung der Künstlichen Intelligenz ein, um eine totale Kontrolle des Individuums durch den Staat nach chinesischem Vorbild zu verhindern. Eine lernfähige KI sollte das höhere Bewusstsein widerspiegeln und den Volkswillen umsetzen.

Einwanderung

SOLIDARITÄT fordert eine rückwirkende EU-Frauenquote seit 2015 von 50 %, um das demografische Gleichgewicht zu wahren, und ein Abschiebeverbot von Nicht-Muslimen in islamische Länder.

Deutsche Einwanderung

SOLIDARITÄT fordert die Ausstellung einer „German-ID Card“ nach dem Vorbild der „Karta Polaka“ für weltweit lebende Deutsche, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Diese Karte soll eine schnelle und unbürokratische Rückkehr nach Deutschland ermöglichen.

Waffenrecht und Wehrpflicht

SOLIDARITÄT unterstützt die Einführung eines europäischen Waffenscheins und den europäischen Feuerwaffenpass sowie die Modernisierung der Schützenvereine nach polnischem Vorbild. Wir setzen uns für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ein.

Jugendschutz

SOLIDARITÄT kritisiert die unrechtmäßige Inobhutnahme von Kindern durch Jugendämter, insbesondere gegenüber der polnischen Minderheit in Deutschland. Wir fordern die Aufklärung der Schicksale von Kindern, die im Zuge von Zwangsadoptionen verschwunden sind, und die Einrichtung einer freiwilligen DNA-Datenbank, um betroffene Familien wieder zusammenzuführen.

Boden- und Grundwasserschutz

SOLIDARITÄT fordert ein sofortiges Verbot der Einfuhr von uranhaltigen Phosphaten nach Deutschland und die Einführung gesetzlicher Höchstgrenzen für Uran in importierten Düngemitteln. Stickstoffdünger können aus dem natürlichen Stickstoff in der Luft hergestellt werden, wie es bereits in Polen geschieht.

Korruptionsbekämpfung

SOLIDARITÄT befürwortet die Schaffung einer autonomen Antikorruptionsbehörde und die Zwangsoffenlegung der Einkommenssteuererklärungen von Politikern nach polnischem Vorbild.

Schulwesen

SOLIDARITÄT tritt für die Übernahme des finnischen Schulsystems in Deutschland ein und fordert erweiterte, kostenlose Online-Angebote für Haupt- und Realschüler, um ihnen Chancengleichheit und den Zugang zur Hochschulreife zu ermöglichen. Wir setzen uns für Ökologie- und Astronomieunterricht als Pflichtfächer ein.

18. Justiz und Vollzug

Die bisherigen Altersgrenzen im Strafrecht sind nicht mehr zeitgemäß. Daher fordert die SOLIDARITÄT die Herabsetzung der Strafmündigkeit gemäß §19 StGB auf 12 Jahre sowie die Abschaffung der Anwendung des Jugendstrafrechts ab dem 19. Lebensjahr. Boot Camps für Straftäter aller Altersgruppen sollten mit der Möglichkeit einer Haftzeitverkürzung angeboten werden. Die lebenslange Freiheitsstrafe soll konsequent angewendet werden, mit einem ersten Haftprüfungstermin nach 20 Jahren. Beim Mord und Totschlag darf das Jugendstrafrecht nicht zur Anwendung kommen.

Für Intensivtäter, auch solche, die aufgrund ihres Alters strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden können, fordert SOLIDARITÄT die obligatorische Sicherungsverwahrung. Gleichzeitig lehnen wir die Anwendung von Sicherungsverwahrung sowie koedukativen Haftanstalten für nicht gewalttätige Straftäter ab.

Die Einführung von Geschworenengerichten, die nach dem Vorbild anderer Länder wie den USA, Kanada, Belgien, Malta, Frankreich und Österreich für mehr Gerechtigkeit bei der Urteilsfindung sorgen könnten, wird von SOLIDARITÄT befürwortet.

Ungeklärte Verbrechen, die an Deutschen und Volksdeutschen in Polen begangen wurden, sollten in den Fokus des deutschen Interpols gerückt werden.

19. DDR-Erbe

Das Stasi-Unterlagengesetz (StUG) war nach einhelliger Meinung der SOLIDARITÄT nicht ausreichend, um die Bonner Republik vor dem Einfluss des gut organisierten, nach dem Mauerfall verbliebenen Apparates des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zu schützen. Daher fordert die SOLIDARITÄT, nach polnischem Vorbild, ein umfassendes Lustrationsgesetz, dem alle gegenwärtigen und ehemaligen Staatsbediensteten in gehobenen Positionen unterworfen werden sollen. Die ausgebliebene Lustration hat bis heute negative Folgen für die deutsche Gesellschaft. SOLIDARITÄT fordert eine gründliche Untersuchung, ob Mitglieder der Stasi Einfluss auf die Verabschiedung des Berlin/Bonn-Gesetzes vom 20. Juni 1991 genommen haben und ob die Stimmenmehrheit für Berlin sowie die Ablehnung eines Volksentscheids durch diesen Einfluss zustande kamen. Zur Aufarbeitung der Stasi-Verbrechen fordert die SOLIDARITÄT die Gründung eines Instituts für nationales Gedächtnis nach polnischem Vorbild.

21. Familienpolitik

Das Hauptziel der SOLIDARITÄT ist nicht ein starkes Wahlergebnis, sondern eine starke Geburtenrate in der polnischen und deutschen Nation auf beiden Seiten der Grenzen. Dies setzt eine gute biologische, wirtschaftliche und psychologische Verfassung der Familien voraus. Es gilt nicht nur, den Menschen ihre Zukunftsängste zu nehmen, sondern auch das allgemeine

Glücksempfinden in der Bevölkerung zu überwachen und zu steigern. SOLIDARITÄT befürwortet die sofortige Ernennung eines "Glücksministers" nach dem Vorbild Bhutans und strebt langfristig die politische Umsetzung des studentischen Projekts der Mannheimer Fakultät für Gestaltung: „Das Ministerium für Glück und Wohlbefinden“ an. Die positiven Erfahrungen während der Fußballweltmeisterschaft 2006, die neun Monate später zu einem beispiellosen Geburtenanstieg führten, untermauern diese Forderung.

Kinder müssen sich auf der Straße und in der Schule genauso sicher fühlen wie zu Hause. "Zuhause" muss einfach überall sein.

22. Investitionsschutz

SOLIDARITÄT setzt sich für eine Harmonisierung der Schiedsklauseln in Investitionsschutzabkommen mit dem EU-Recht ein. Die seit März 2018 bestehende Rechtslücke im internationalen Investitionsschutz stellt ein erhebliches Risiko für deutsche Investitionen in Polen dar, insbesondere auch für Investitionen, die von der polnischen Minderheit dort getätigt werden. Daher fordert SOLIDARITÄT die Wiederaufnahme des bilateralen Investitionsschutzabkommens zwischen Polen und Deutschland vom 10. November 1989, das am 18. Oktober 2019 ausgelaufen ist.

23. Drogenpolitik

SOLIDARITÄT plädiert für die 1:1-Übernahme des kalifornischen Drogengesetzes und für die Entwicklung und Zulassung von Impfstoffen gegen Drogenabhängigkeit für therapieresistente Fälle.

24. Korruptionsbekämpfung

SOLIDARITÄT unterstützt die Schaffung einer autonomen Antikorruptionsbehörde und die verpflichtende Offenlegung der Einkommenssteuererklärungen von Politikern nach polnischem Vorbild. Ein Verbot von Nebentätigkeiten für Politiker sowie die strikte Regulierung des Lobbyismus wird ebenfalls gefordert.

25. Rechtsstaatlichkeit in Polen und Ungarn

SOLIDARITÄT spricht sich gegen jede Einmischung der EU in die inneren Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten der Visegrád-Gruppe aus und betrachtet solch eine Einmischung als Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch die EU selbst.

26. Änderung des Grundgesetzes

SOLIDARITÄT fordert die Ersetzung des Artikels 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland: „(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ durch „(1) Die Liebe und die Wahrheit sind unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“. Diese Änderung ergibt sich nicht nur aus der Überzeugung, dass die bisherigen Formulierungen des Artikels 1 dadurch obsolet würden, sondern auch, weil die polnische Flagge diese beiden wichtigsten, nicht nur christlichen Werte symbolisiert.

27. Infektionsschutz

SOLIDARITÄT spricht sich uneingeschränkt für die Übernahme des „schwedischen Weges“ in der Bekämpfung von COVID-19 aus. Zudem müssen die Vorgaben zur Diagnostik einer Erkrankung den Richtlinien der WHO entsprechen. Das Vorhandensein von Viren im Körper darf nicht mit einer Erkrankung gleichgesetzt werden, ähnlich wie es bei Hepatitis- oder Herpesviren der Fall ist.

28. Die Hymne

sollte um sechs weitere Strophen verlängert werden, hier ein Vorschlag, bis zur offiziellen Anerkennung unseres Vorschlags wird als das: Lied der SOLIDARITÄT genannt und unter anderer Melodie gesungen.

<p>(Strophe I) Unsre Herzen, voller Freude, Stets bereit zum Werk und Mut, Sollen in der Welt verbreiten Friedenswillen, edle Glut. Nicht in Waffen, nicht in Kriegen Wird der Weg zur Freiheit klar, Sondern in den Händen reichen, Steht die Zukunft offenbar.</p>	<p>(Strophe IV) Laßt uns nicht in Stolz verfallen, Selbstverherrlichung ist klein, Lernen wir aus den Geschichten, Ehrlich, stark und klug zu sein. In der Freiheit, die wir schätzen, Haben wir den festen Grund, Für das Miteinander streiten, Mit gerechtem, wachen Mund.</p>
<p>(Strophe II) Oktoberfest und frohes Feiern, Karneval mit Herz und Mut, Doch vergessen wir beim Lachen Nicht, was uns im Innern ruht. Denn ob Technik, Kunst, Kultur, Deutschland steht für echten Geist, Der die Freiheit hoch verehret Weil sie unsre Einheit schweißt</p>	<p>(Strophe V) Und die Schönheit unsrer Erde Pflegen wir mit klarem Blick, Wo des Flusses Wogen rauschen, Blüht uns Hoffnung Stück für Stück. Schützen wir die Wälder, Wiesen, Meere, Flüsse, weites Land, Denn die Zukunft unsrer Kinder Liegt in unsrer starken Hand.</p>
<p>(Strophe III) Autos bauen, Forschung wagen, Wissen tragen durch die Welt, Stets mit Kraft und voller Anmut, Was die Hände fest bestellt. Doch wir prahlen nicht mit Größe, Sondern teilen, was wir sind, Reichen Freunden uns die Hände, Weil nur so der Frieden stimmt.</p>	<p>(Strophe VI) Völker wandern, Zeiten ändern, Doch das Herz bleibt fest und stark. Unsre Zukunft ist im Denken, Das die Freiheit hell bewahrt. Laßt uns bauen, laßt uns träumen Von der Welt in Freundschaft treu, Dass die kommenden Generationen In dem Frieden leben neu.</p>